



AnikoS VoG
Gospertstraße 24
4700 Eupen

Freitag, 28. April 2023

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Gospertstraße 42
4700 Eupen

Betrifft: Forderungskatalog für das Rahmenabkommen 2024

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

im Namen des ArbeitgeberInnenverbandes für den nicht-kommerziellen Sektor, möchten wir Ihnen unseren Forderungskatalog für das bevorstehende Rahmenabkommen unterbreiten:

1. Arbeitnehmer im nicht-kommerziellen Sektor sollen unserer Auffassung nach weiterhin **nach Funktion** und nicht nach Diplom bezahlt werden. Dieses System sorgt dafür, dass personelle und mögliche personelle Ressourcen besser genutzt werden können. Und es kann unter anderem auch einen Einfluss auf die Aufstiegschancen in der jeweiligen Organisation haben, die Leistung und Motivation der Arbeitnehmer fördern und dazu beitragen, dass damit Vereinigungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihrem gesellschaftlichen Auftrag noch besser nachkommen können.

Unsere bisherigen Erfahrungen bestätigen die Ansicht, dass ein Arbeitgeber eine Person einstellt, wenn er davon überzeugt ist, dass sie über die *Kompetenzen verfügt, die ihr zugeteilten Aufgaben auszuführen.*

2. Die **Einführung von Mahlzeitschecks** für Organisationen im nicht-kommerziellen Bereich ist ein wichtiger Anreiz für Arbeitnehmer, insbesondere in einem Sektor, in der die Bezahlung oft nicht sehr hoch ist. Darum fordern wir die flächendeckende Einführung der Möglichkeit für alle Organisationen im nicht-kommerziellen Sektor, ihren Mitarbeitern Mahlzeitschecks anzubieten.

3. Die Baremen im nicht-kommerziellen Sektor sollten **kohärent und nachvollziehbar** gestaltet sein. Wir möchten uns hierbei für ein einfaches, transparentes und faires System einsetzen. Gleichzeitig jedoch muss verhindert werden, dass dadurch ein Konkurrenzverhältnis zur Anwerbung von Fachkräften zwischen den von der Deutschsprachigen Gemeinschaft und den vom Föderalstaat finanzierten Einrichtungen entsteht.
 4. Die Löhne und Gehälter im nicht-kommerziellen Sektor müssen generell steigen, um die Fachkräfte in unserem Sektor zu halten und neue zu gewinnen. Besonders wichtig für die Arbeitgeberseite ist es, hinsichtlich der Finanzierung der Organisationen die **Entwicklung der Dienstalter** bei den Löhnen und Gehältern zu berücksichtigen. Hierfür sollten mehr Dienstjahre von der Regierung finanziert werden und wenn der Ersatz mehr Dienstjahre aufweist, als der Vorgänger, müssen die Kosten ebenfalls getragen werden können. Bei der Festlegung des Dienstalters müssen die relevanten Dienstjahre in allen Sektoren berücksichtigt werden können. Nicht zuletzt muss die Entwicklung der Dienstalter weiter fortgeführt werden. Die Karrieren werden länger und demnach soll dies auch in der Entwicklung der Dienstalter widerspiegelt werden.
 5. Für den soziokulturellen und Sportsektor fordern wir eine zügige Refinanzierung zur Anhebung der Baremen auf **100% des Referenzbaremas** - mit einer vollen Gehaltsentwicklung von allen Dienstjahren. Mit anderen Worten: Die Anpassung des Lohnniveaus an die Baremen des soziokulturellen und Sportsektors der Wallonischen Region, wie sie dort bereits seit Jahren eine Selbstverständlichkeit sind.
 6. Die **Aufwertung der Leitungsfunktionen** in den Strukturen des nicht-kommerziellen Sektors ist ebenfalls von großer Bedeutung, um die Branche attraktiver zu gestalten. Dies gilt nicht nur für die Direktorpositionen, sondern insbesondere auch für das „Middle Management“. Hierfür sollten angemessene Gehälter angeboten und gegenfinanziert werden, um qualifizierte Arbeitnehmer zu gewinnen und langfristig zu binden. Der Grund hierfür ist der Fachkräftemangel: Für die aktuellen Löhne und Gehälter in den Führungspositionen des nicht-kommerziellen Sektors möchte kaum jemand arbeiten – das bekommen unsere Mitgliedsorganisationen immer wieder zu spüren, wenn sie eine solche Stelle ausschreiben.
 7. Die **Betreuungsnormen und insbesondere die Betreuungsschlüssel** im Pflege- und Gesundheitsbereich sowie im Bereich für Personen mit Unterstützungsbedarf, müssen
-

überarbeitet werden. Ein angemessener Betreuungsschlüssel ist dringend notwendig, um eine gute Versorgung der Patienten und Klienten sicherzustellen. Nur mit einer Reform der Betreuungsnormen und -Schlüssel wird man auch morgen noch zurecht von einem „Lebensstandort“ Ostbelgien sprechen können.

8. Unsere Mitglieder müssen inzwischen viel Zeit in bürokratische Abläufe investieren, um Fördergelder zu erhalten. Wir plädieren dafür, die **Bürokratie auf allen Ebenen und in allen Kompetenzbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu reduzieren**, um den Organisationen die Möglichkeit zu geben, sich auf ihre wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben konzentrieren zu können. Besonders dem leitenden Personal fehlt oftmals die „Luft zum Atmen“, was den hier beschriebenen Fachkräftemangel erheblich verstärkt und beschleunigt.

Als Beispiele können wir u.a. lange Jahresberichte, wiederholt komplizierte Antragsverfahren für Projekte, Zuschüsse und andere (Beschäftigungs-)Maßnahmen, sowie die Bereitstellung von Daten und Statistiken nennen. Besonders letztere können nicht immer in ihrer Vollständigkeit vom Personal des Ministeriums ausgewertet werden. Die Zeit für die Erstellung dieser Dokumente wäre zweifellos besser in die Verbesserung der Lebensqualität der Ostbelgierinnen und Ostbelgier investiert.

Seit mehreren Jahren setzen wir uns dafür ein, dass die **Regierung für jeden neuen bürokratischen Vorgang, den sie einführt, einen weiteren abschafft**. Diese Maßnahme würde sowohl die Arbeitslast reduzieren als auch die finanzielle Planbarkeit der Organisationen stärken, was in vielfacher Hinsicht für mehr Zufriedenheit bei Arbeitgebern und -nehmern im Sektor sorgen würde. Noch effizienter kann die Regierung den Fachkräftemangel nicht bekämpfen!

9. Wir benötigen einen **Zugang zum Personalkataster** des nicht-kommerziellen Sektors, um den Finanzierungsbedarf korrekt zu ermitteln und unserer Aufgabe als Verband präzise nachzukommen. Nur so können wir die Zahlen der Regierung mit unseren eigenen Zahlen abgleichen. Entscheidungen der Regierung würden zudem auch nachvollziehbarer für uns, unsere Mitgliedsorganisationen und den Sektor insgesamt. In jedem Fall würde diese Maßnahme die Zusammenarbeit zwischen dem Sektor und der Regierung erheblich verbessern.
Seit 10 Jahren können wir als Arbeitgeberverband die Personalzahlen nicht hinreichend evaluieren. Auch die Gewerkschaften haben keinen Zugang zum Kataster, was bedeutet, dass *keiner der Sozialpartner derzeit über einen Zugang verfügt*.
10. Alle Maßnahmen, die beschlossen werden und mit Finanzierungsaufwand verbunden sind, müssen von der Regierung gegenfinanziert werden - und das nicht nur punktuell, sondern dauerhaft. Wir fordern **die Garantie einer hundertprozentigen**



Finanzierung der Maßnahmen, die im künftigen Rahmenabkommen vereinbart werden – inklusive einer lückenlosen Anpassung an den Index. **Ohne diese Garantie wird AnikoS das kommende Rahmenabkommen nicht unterzeichnen.**

Wir haben größtes Interesse daran, unseren Sektor unter anderem durch die Anhebung der Baremen für Fach- und Führungskräfte attraktiver zu gestalten – langfristig wird dies für uns sogar unumgänglich sein. Allerdings können wir auf der einen Seite nicht höhere Löhne und Gehälter fordern, uns mit einer zu geringen Gegenfinanzierung (auch hinsichtlich der **Indexanpassung der Löhne**) zufriedengeben und auf der anderen Seite würden unsere Mitgliedsorganisationen aus dem gleichen Grund gezwungen sein, Personal zu entlassen. Dies würde einen Qualitätsverlust im Sektor produzieren und sowohl für die Sozialpartner als auch für die Regierung in ein „Loose-Loose“ münden.

In der Hoffnung, bei den Verhandlungen ein „Win-Win“-Ergebnis erzielen zu können, bedanken wir uns für die Möglichkeit, unsere Forderungen einzureichen und verbleiben

Mit freundlichen Grüßen,

I. A. für AnikoS
Christophe Ponkalo
Präsident

A handwritten signature in blue ink, consisting of several large, overlapping loops and a central vertical stroke, positioned to the right of the typed name.